

# Politischer Hintergrundbericht

**Projektland:** Republik Moldau

**Datum:** 17. Juni 2015

## Regierungskrise in der Republik Moldau

Nach dem Rücktritt des Premierministers Chiril Gaburici am 12. Juni 2015 und den Kommunalwahlen am 14. Juni ist am 16. Juni 2015 die gesamte Regierung zurückgetreten. Wohin treibt die regierungslose Republik Moldau?

### Genese der Regierungskrise

Am 12. Juni 2015 reichte der moldawische Premierminister Chiril Gaburici seinen Rücktritt ein. Auslöser waren staatsanwaltliche Untersuchungen, die sich mit Unstimmigkeiten in seinen Zeugnissen beschäftigten.

Gaburici war im Februar 2015 nach monatelangen Verhandlungen zwischen den Parteien der Regierungskoalition zum Premierminister gewählt worden. Nach den Wahlen im Dezember 2014 sah es zunächst danach aus, als ob die „Allianz für Europa“ um Premierminister Juri Leanca einen knappen, aber ausreichenden Sieg errungen hätte und nun in Koalitionsverhandlungen unter den drei beteiligten Parteien – Liberaldemokraten (PLDM), Demokratische Partei (PDM) und Liberale Partei (PL) – die Details klären müsse, um den eingeschlagenen Weg für die europäische Annäherung Moldaus fortzusetzen. Die PLDM war dabei wie zuvor stärkste Kraft. Einer Fortsetzung der erfolgreichen Premierministerschaft von Leanca stand damit nichts im Weg.

Die Monate Januar und Februar zeigten aber eine Entwicklung, die kaum anders interpretiert werden kann, als dass die beteiligten Parteien durch interne Machtspiele und uneinsichtige Verteilungskämpfe den erklärten Wählerwillen konterkarierten und weiträumig Unverständnis und Ernüchterung in der Bevölkerung hinterließen.

Zunächst war die Liberale Partei aus der Regierungskoalition ausgeschieden. Das führte dazu, dass die knappe Mehrheit in eine Minderheit (47%) für das Regierungslager kippte. Bei der Wahl durch die Abgeordneten wurde nicht Juri Leanca, die Symbolfigur des pro-europäischen Kurses der vergangenen Jahre, zum Premierminister gewählt, sondern der auch in der PDLM weitgehend unbekanntes Chiril Gaburici wurde mit der Bildung der Minderheitsregierung betraut. Juri Leanca hat daraufhin die PDLM verlassen und eine eigene Partei, die „Europäische Volksplattform Moldau“ gegründet.

Am Sonntag, dem 14. Juni haben in der Republik Moldau Kommunalwahlen stattgefunden, bei denen die Bürgermeister der größeren Städte und die Stadt- und Gemeinderäte gewählt wurden. Die Wahlbeteiligung lag landesweit bei 49%. In der Hauptstadt Chisinau konnte keiner der Kandidaten um das Bürgermeisteramt die erforderliche Mehrheit erreichen. Daher wird eine Stichwahl zwischen der Herausforderin aus dem linken Lager, der ehemaligen Premierministerin Sinaida Greceanii, und dem Amtsinhaber Dorin Chirtoaka (PL) stattfinden. Den Stadtrat bilden die Sozialistische Partei (19 Sitze), die Liberale Partei (17 Sitze), die „Europäische Volksplattform Moldau“ um den ehemaligen Premierminister Juri Leanca (6 Sitze), „Unsere Partei“ um Renato Usati (3 Sitze), die Kommunistische Partei (2 Sitze) und die Demokratische Partei mit 1 Sitz.

In der zweitgrößten Stadt der Republik Moldau, Beltz, wurde Renato Usati im ersten Wahlgang zum Bürgermeister gewählt. Auch im Stadtrat hat dessen „Unsere Partei“ mit rund 65% die absolute Mehrheit erlangt. Usati und seine Partei wurden im Vorfeld der Parlamentswahlen vom Dezember 2014 von der zentralen Wahlkommission wenige Tage vor dem Wahlgang wegen Unregelmäßigkeiten in der Wahlkampffinanzierung ausgeschlossen.

Am 16. Juni 2015 erklärte das gesamte Kabinett der Republik Moldau seinen Rücktritt und führt seine Arbeit zunächst geschäftsführend weiter. Sowohl bei der Ernennung neuer Minister als auch bei der Wahl des Premierministers liegt die Verantwortung nun bei Präsident Nikolae Timoftin. Sicher werden die aktuellen Ergebnisse der Kommunalwahl, aber auch der Einfluss der beiden gewichtigen moldawischen Player Vlad Filat (ehemaliger Premierminister und Vorsitzender der PLDM) und Oligarch Wladimir Plachotnjuk (PDM), den Kurs der kommenden Regierung bestimmen. Neuwahlen zum moldawischen Parlament sind bislang nicht vorgesehen und würden nach der Verfassung erst nach mehreren gescheiterten Versuchen einer Regierungsbildung angesetzt werden.

### Analyse der aktuellen Situation

In der Hauptstadt Chisinau liegen die liberalen Parteien mit den neuerstarkten Sozialisten auf Augenhöhe. In Beltz hat sich die traditionell stärker ausgeprägte Russlandorientierung in einem deutlichen Wahlsieg der prorussischen „Unsere Partei“ um Renato Usati manifestiert. Eindeutige Verlierer der Wahl sind die Kommunisten, denen weder ihre vorsichtig pro-europäische Politik, noch die historische Nähe zu Moskau Stimmen brachte. Juri Leanca hat die Prognosen bestätigt – seine neue Partei „Europäische Volksplattform Moldau“ erzielte rund 12% der Wählerstimmen.

Somit hat sich an der grundlegenden gesellschaftspolitischen Situation der Republik Moldau wenig geändert. Nach wie vor ist das Land deutlich in zwei Lager gespalten, die den zukünftigen Weg der Republik in jeweils andere Richtungen interpretieren: Nach Westen, hin zu Europa oder nach Osten, zur eurasischen Zollunion und Moskau. Neu sind aber die politischen Konstellationen, die diese unterschiedlichen Kurse transportieren. Die Liberaldemokraten PLDM, die Demokratische Partei PDM und Liberale Partei PL konnten die Pro-europäische Allianz nach den vergangenen Parlamentswahlen nicht fortsetzen. Die PL schied aus der Allianz aus und der ehemalige Premier Juri Leanca verließ die PLDM. Die Minderheitenregierung Gaburici regierte unter Duldung durch die Kommunisten. Diese aber, so das Ergebnis der

Kommunalwahlen, haben nahezu jegliche Basis in der Bevölkerung verloren und wurden durch die sich aggressiv gebärdenden Sozialisten weit überholt.

### Ausblick

Die Kommunalwahlen und die aktuelle Regierungskrise werden keine entscheidenden Veränderungen in der Republik Moldau auslösen. Aller Voraussicht nach werden sich die schmalen Vorsprünge, die pro-europäische und pro-eurasische Richtungen in Bürgermeisterämtern und Stadträten erzielt haben, ebenso einpendeln, wie im Parlament ein neues Kabinett und ein neuer Premierminister gefunden werden wird. 2016 wird der Präsident der Republik Moldau gewählt (durch das Parlament, nicht durch die Bevölkerung), so dass auch hier keine großen Überraschungen zu erwarten sind.

Was bleibt, ist das ungute Gefühl, dass sich die moldawische politische Elite damit abfindet, in Koalitionen und schmalen Mehrheiten zu denken, welche die politische Überlebensfähigkeit von Partei- und Partikularinteressen gewährleistet.

Gleichzeitig wird die Stimmung in der Bevölkerung durch zahllose Faktoren geprägt: Wenig konkrete und greifbare Erfolge in der europäischen wirtschaftlichen Annäherung; in solcher Höhe nie dagewesene Korruptionsfälle und Unterschlagungen; der Fall ins Bodenlose der Kommunistischen Partei und das Auftreten der Sozialisten; die damit einhergehende Abkopplung eines definierten politischen Spektrums von der politischen Manipulation Moskaus, von wo nach wie vor gezielt positive und negative Sanktionen gegen die Republik Moldau insgesamt sowie gegen Teilgebiete, Ethnien und Wirtschaftszweige eingesetzt werden; die Bildung neuer Parteien und Bündnisse, deren demokratische Orientierung auf Gemeinwohl und europäische Annäherung nicht durchweg gegeben zu sein scheint; die nach wie vor ungelöste Transnistrienfrage sowie die geopolitische Nähe zum Ukraine-Konflikt; an Häufigkeit und Intensität zunehmende Thematisierung einer an Rumänien orientierten Sprach- und Kulturidentität in scharfer Abgrenzung zu russischen Einflüssen.

Hier ist die politische Elite dringend gefordert, auf die Bedürfnisse und Fragen der Bevölkerung einzugehen und wirkliche Schritte zu einem Ausgleich zwischen der Diskrepanz der großen politischen und geopolitischen Themen einerseits und der tatsächlichen Lebenswirklichkeit der Bevölkerung andererseits zu unternehmen.

### **Daniel Seiberling**

Der Autor ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Bukarest, Rumänien.

#### **IMPRESSUM**

Erstellt: 17. Juni 2015

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2015

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a. D.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther, Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [iiz@hss.de](mailto:iiz@hss.de), [www.hss.de](http://www.hss.de)